



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Schaden der bayerischen Landwirtschaft durch EU-Auflagen evaluieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus über die Auswirkungen von EU-Vorgaben und EU-Regulierungen auf die wirtschaftliche Lage, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der bayerischen Landwirtschaft zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Welche wesentlichen EU-Auflagen und EU-Regelungen haben in den vergangenen zehn Jahren zu zusätzlichen Belastungen für die bayerische Landwirtschaft geführt?
2. Welche finanziellen Belastungen entstehen den landwirtschaftlichen Betrieben in Bayern insbesondere durch
 - die Düngeverordnung und Nitrat-Richtlinie,
 - Vorgaben der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP),
 - Flächenstilllegungen und Biodiversitätsauflagen,
 - Dokumentations- und Bürokratiepflichten,
 - Vorgaben zum Pflanzenschutz,
 - Klima- und Emissionsvorgaben der Europäischen Union?
3. Welche Auswirkungen haben diese Vorgaben auf
 - Erträge und Produktionsmengen,
 - Betriebseinkommen,
 - Investitionsbereitschaft,
 - Betriebsaufgaben,
 - die Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Betriebe gegenüber Nicht-EU-Staaten?
4. Wie haben sich seit Einführung bzw. Verschärfung zentraler EU-Auflagen
 - die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe,
 - die bewirtschaftete Fläche,
 - die Tierbeständein Bayern entwickelt?
5. Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung darüber vor, in welchem Umfang landwirtschaftliche Produktion aufgrund regulatorischer Belastungen ins Ausland verlagert wird?
6. Wie bewertet die Staatsregierung die Gefahr, dass die zunehmende Regulierungsdichte zu einer Schwächung der regionalen Lebensmittelversorgung und zu einer stärkeren Importabhängigkeit führt?

7. Welche Kosten entstehen der bayerischen Landwirtschaft jährlich durch zusätzliche Dokumentations-, Nachweis- und Kontrollpflichten aufgrund von EU-Vorgaben?
8. Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine Entlastung der landwirtschaftlichen Betriebe sowie für praxisnahe und standortangepasste Regelungen einzusetzen?
9. Welche konkreten Initiativen hat die Staatsregierung bislang unternommen, um EU-Auflagen für die bayerische Landwirtschaft zu reduzieren oder abzumildern?

Begründung:

Die bayerische Landwirtschaft steht seit Jahren unter zunehmenden Druck durch immer umfangreichere Vorgaben und Regulierungen der Europäischen Union. Zahlreiche Landwirte sehen sich mit einer wachsenden Bürokratielast, steigenden Produktionskosten sowie erheblichen Einschränkungen bei Bewirtschaftung und Tierhaltung konfrontiert.

Insbesondere Vorgaben aus den Bereichen Düngepolitik, Pflanzenschutz, Klima- und Umweltpolitik sowie Flächenstilllegung greifen tief in die landwirtschaftliche Praxis ein. Viele Betriebe berichten von sinkender Planungssicherheit, wirtschaftlichen Einbußen und einer zunehmenden Überforderung durch Dokumentations- und Kontrollpflichten.

Hinzu kommt, dass zahlreiche EU-Auflagen pauschal ausgestaltet sind und regionale Besonderheiten sowie unterschiedliche Standortbedingungen nur unzureichend berücksichtigen. Dadurch entstehen Wettbewerbsnachteile gegenüber Produzenten aus Drittstaaten, die häufig unter deutlich niedrigeren Standards produzieren.

Die wirtschaftlichen Folgen zeigen sich unter anderem in einem anhaltenden Strukturwandel, Betriebsaufgaben und rückläufigen Tierbeständen. Gleichzeitig wächst die Sorge, dass die heimische Lebensmittelproduktion geschwächt und die Abhängigkeit von Importen erhöht wird.

Vor diesem Hintergrund ist eine umfassende Evaluierung der Auswirkungen von EU-Auflagen auf die bayerische Landwirtschaft erforderlich. Ziel muss es sein, Belastungen transparent darzustellen und Möglichkeiten zur Entlastung sowie zur Sicherung einer leistungsfähigen heimischen Landwirtschaft aufzuzeigen.